presse

Jeder Jugendliche muss mitgenommen werden

Zur Debatte des Berufsbildungsberichts 2013 im Deutschen Bundestag erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Willi Brase:

Ein erster Schritt bei der Neuausrichtung des Ausbildungspaktes in Kooperation mit allen Akteuren muss die Steigerung der Ausbildungsbetriebsquote sein. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf jedem Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung zu garantieren. Ebenso fordern wir, ein Sofortprogramm „2. Chance auf Berufsausbildung“ für die rund 1,5 Millionen jungen Erwachsenen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Berufsabschluss aufzulegen.

Gemeinsam mit den Tarifpartnern ist die Einführung von Branchen- und Qualifizierungsfonds, auch im Sinne des europäischen Vorhabens nach Einführung einer Jugendgarantie, dazu ein wichtiger Schritt.

Den Jugendlichen muss durch die Jugendgarantie eine ehrliche Perspektive eröffnet werden. Die von der EU vorgesehenen sechs Milliarden Euro für 5,7 Millionen arbeitslose Jugendliche in sechs Jahren sind dazu nicht ausreichend. Das wären 175 Euro pro Jahr für jeden Jugendlichen – eine geradezu lächerliche Summe. Wenn man jungen Menschen eine ernsthafte Perspektive geben möchte, braucht es eine wesentlich höhere Summe: 20 Milliarden Euro in Verbindung mit sinnvollen Beschäftigungs- und Qualifizierungsperspektiven. Diese darf aber nicht als Almosen gestaltet werden und muss in den betroffenen Ländern selbst ansetzen.

Das deutsche duale System der Berufsausbildung lässt sich nicht mit einem Fingerschnippen in die anderen EU-Länder übertragen. Hier braucht es eine kooperative Zusammenarbeit mit allen Partnern der dualen Ausbildung wie Kammern, Gewerkschaften und Arbeitsgebern.

Trotz des notwendigen Blicks auf die arbeitslosen Jugendlichen in Europa darf Deutschland seine Hausaufgaben in der Beruflichen Bildung nicht vergessen. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung müssen Reformschritte umgehend eingeleitet

werden.

Im Bereich des Übergangs von der Schule in eine Ausbildung hat die Bundesregierung trotz Einsetzens einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf ganzer Länge versagt. Weiterhin ist die Vielzahl der Instrumente unübersichtlich und intransparent. Derzeit sind 270.000 junge Menschen in Maßnahmen des Übergangsbereichs, obwohl sie durch ihren Schulabschluss über eine ausreichende schulische Vorbildung zum Start in eine Berufsausbildung verfügen. Dieser Zustand kann so nicht weiter hingenommen werden.